

**Anja Stahmann**  
*Senatorin für Soziales, Kinder,  
Jugend und Frauen*



Bremen, den 26. August 2014

## **Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen**

Liebe Vertreterinnen und Vertreter der Beiräte,

ich wende mich an Sie mit einer dringenden Bitte um Unterstützung bei der Unterbringung von Flüchtlingen:

Die Situation der Flüchtlinge in den Krisenregionen rund um Europa hat längst dramatische Formen angenommen. Länder wie Libanon, Libyen und die Türkei nehmen Millionen Flüchtlinge auf, die dort überwiegend unter erbärmlichsten Bedingungen untergebracht werden; selbst die Versorgung mit Wasser und Lebensmitteln sowie der Zugang zu sanitären Einrichtungen sind dort vielfach kaum sicherzustellen.

Immer mehr Menschen gelingt es, den schrecklichen Lebensbedingungen in ihren Heimatländern nach Europa zu entfliehen. Dazu nehmen sie unwägbare Risiken auf sich. Sie vertrauen sich Schleppern an und schlagen sich mit ihrer Hilfe auf dem Landweg oder in Nusschalen über das Mittelmeer durch. Rund 100.000 Menschen hat die italienische Seenotrettungs-Operation „Mare Nostrum“ allein in diesem Jahr vor den Küsten Italiens und Maltas aufgenommen – und damit viele von ihnen vor dem sicheren Tod bewahrt. Zudem weiten Bundes- und Landesregierungen die legalen Wege der Einreise aus, etwa mit den Kontingenten und dem erleichterten Nachzug für Familienangehörige.

An den Zugangszahlen in Deutschland – und damit auch in Bremen – spüren wir diese Entwicklung ganz deutlich. Für das laufende Jahr rechnet die Bundesregierung mit 170.000, teils bis zu 200.000 Flüchtlingen. Das sind halb so viele wie Mitte der 90-er Jahre, aber mehr als zehnmals so viele wie 2007, als 18.000 Menschen nach Deutschland kamen. Die Stadt Bremen hat damals nicht einmal 150 Menschen im Jahr aufgenommen. 2014 werden es 1500 oder 1600 sein.

Dazu kommen die jungen Flüchtlinge, die ohne Eltern nach Deutschland fliehen oder geschickt werden. Allein 40 waren es in den ersten drei Wochen des August, mehr als im ganzen Jahr 2011. Die jungen Flüchtlinge genießen nach der UN-Kinderschutzkonvention einen besonderen Schutzstatus und werden vom Jugendamt nach dem Jugendhilferecht (Sozialgesetzbuch VIII) bis zu ihrer Volljährigkeit in Obhut genommen.

Es ist derzeit eine immense Herausforderung, all diese Menschen bei uns unterzubringen. Ich bin froh, dass uns dies bislang in angemessener Form gelingt.

Viele der Flüchtlinge werden auf Dauer heimisch bei uns und werden unsere Gesellschaft langfristig bereichern. Sie werden die Sprache lernen, eine Arbeit aufnehmen, Unternehmen gründen, werden ihre Kinder in Kindergarten und Schule anmelden, wo diese die deutsche Sprache wie eine Muttersprache lernen.

Zur Aufnahme der Flüchtlinge besteht keine Alternative. Sie ist ebenso eine humanitäre Verpflichtung wie eine völkerrechtliche und grundgesetzliche. Das Recht auf Asyl ist nach unserer Verfassung ein Grundrecht, das die gesamte Gesellschaft in die Pflicht nimmt.

In dem Bemühen, Flüchtlingen in Bremen ein neues Zuhause zu geben, haben wir in den vergangenen zwei Jahren hunderte von Plätzen in Einrichtungen geschaffen und für rund 1000 Menschen eine eigene Wohnung gefunden. Das ist für uns die erste Wahl, wenn es darum geht, Flüchtlingen ein neues Zuhause zu geben. Die Verantwortlichen hier in der Verwaltung, der Staatsrat und ich selbst haben sehr viele Gespräche geführt, um das möglich zu machen – mit Vertreterinnen und Vertretern der Beiräte, mit Vermietern, Wohnungsbaugesellschaften, den Kolleginnen und Kollegen aus andere Behörden, mit Bremerinnen und Bremern, die vor Ort sehr viel Unterstützung bereitstellen.

In den Beiräten haben wir für unsere Bemühungen immer wieder ausgesprochen viel Unterstützung erfahren. Dafür möchte ich mich ausdrücklich und ganz herzlich bedanken. Auch die Hilfeleistungen aus der Nachbarschaft, die mit Hilfe der Beiräte an vielen Stellen in der Stadt organisiert und von den Kirchen- und Moscheegemeinden unterstützt werden, sind von unschätzbarem Wert.

Doch trotz aller Bemühungen stoßen wir zunehmend an Grenzen. Unsere Unterkünfte sind voll, die Erstaufnahmeeinrichtung in Habenhausen ist inzwischen fast durchgängig mehr als ausgelastet, zeitweise ist sie dramatisch überbelegt. Das bedeutet: Menschen leben zu viert in Zimmern, die gerade so groß sind, dass ihre Betten und ein kleiner Schrank darin Platz haben. Immer wieder schlafen Familien in Ecken auf den Fluren, ohne jede Privatsphäre, notdürftig untergebracht hinter einem kleinen Sichtschutz, mit all ihren Habseligkeiten.

In dieser Situation bitten wir abermals um Ihre Unterstützung. Wir bauen das System der Übergangwohnheime und Notunterkünfte weiter aus, was über den Jahreswechsel 2014/2015 auch

deutliche Entspannung bringen wird, weil im Herbst und Winter mehrere Einrichtungen bezugsfertig werden. Allerdings hat es Verzögerungen gegeben, vor allem weil die Hersteller von Wohn-Modulbauten und Wohn-Containern der bundesweit dramatisch gestiegenen Nachfrage nicht mehr termingerecht nachkommen können. Wir werden daher auch über Behelfslösungen für Notunterkünfte nachdenken müssen – auch weil niemand abschätzen kann, wie sich die Lebensverhältnisse im Irak weiter verändern, und ob die aus meiner Sicht berechtigten Forderungen nach einer erleichterten Aufnahme von Flüchtlingen aus dieser Region letztlich von der Bundesregierung gehört werden.

Ich möchte Sie daher ganz herzlich bitten, jeden einzelnen Beirat: Setzen Sie das Thema auf Ihre Tagesordnung und überlegen Sie, wo im eigenen Bereich noch Möglichkeiten bestehen, Flüchtlinge vorübergehend oder auch für längere Zeit aufzunehmen. Das können ungenutzte, befestigte Flächen als Standplätze für Modulbauten und Container für eine mittelfristige Nutzung sein, sowie leerstehende, bewohnbare oder leicht einzurichtende Gebäude. Und für den Notfall auch Hallen, die wir dann in sehr kurzer Zeit als Notunterkunft herrichten lassen können. Weil niemand die Situation langfristig einschätzen kann, müssen wir dabei nicht nur an die Zeit bis zum November denken, wenn wir weitere Übergangsheime in Betrieb nehmen können, sondern zumindest auch an den Sommer des kommenden Jahres.

Seien Sie gewiss, dass wir das allergrößte Interesse haben, mit Ihnen gemeinsam Lösungen zu finden, die alle Beteiligten mit tragen können. Aber bitte überfrachten Sie bitte nicht die Anforderungen, die an die Unterkünfte gestellt werden. Je mehr Menschen kommen, desto mehr müssen wir alle bereit sein, für eine gewisse Übergangszeit auch Abstriche von unseren eigenen Vorstellungen zu machen, um dann nach und nach die Lebensbedingungen für die Flüchtlinge hier zu verbessern.

In einer Beirätekonzferenz möglichst bald würden wir das Thema gerne vertieft mit Ihnen beraten und unser Vorgehen mit Ihnen abstimmen. Und wo immer erforderlich und möglich, werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Hauses auch weiterhin für Informationen bei Beiratssitzungen zur Verfügung stehen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Solidarität in Bremen groß genug ist, dass wir diese besonderen gesellschaftlichen Herausforderungen gemeinsam und im Einvernehmen bewältigen werden.

Herzlichst



Ihre Anja Stahmann